

Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzig deutsche Tageszeitung in Litauen.
Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučių g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postscheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8-12 Uhr vormittags u.
von 4-7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 103.

Kowno, Sonnabend 28. Mai 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich außer Montags.
Abonnementpreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen
für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland
für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark-
an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenzettel) 4 M. 50. Pf.
Stellengesuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark.
Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.

Brüssel.

„L'Independence Belge“ schreibt über die
Brüsseler Konferenz:

„Der Wiener Kongress ist, wie männlich be-
kannt ist, mit Tanz und Spiel vor sich gegangen,
und von der gegenwärtigen Brüsseler Konferenz
kann man sagen, dass sie auf einer Stelle sitzt und
brütet.“

Schon seit Wochen werden Verhandlungen ge-
führt, die Tage vergehen, es werden Kommissionen
und Unterkommissionen gebildet, aber eine endgül-
tige Entscheidung ist nicht zu sehen. Wenn man
der Meinung „gut unterrichteter“ Persönlichkeiten
Glauben schenken darf, so besteht die Gefahr, dass
die Konferenz früher auseinandergehen wird, als man
denkt, und dass nichts dabei herauskommen wird.

Es ist nicht das, was der Völkerbund davon
erhofft hatte, und man kann auch nicht sagen, dass
sein Ansehen durch derartige Misserfolge gerade
vermehr würde. Es ist auch nicht das, was die
Allgemeinheit erwartet hat, welche ernstlich darum
gesorgt ist, den Frieden in Osteuropa endlich ein-
mal defestigt zu sehen.

Der litauisch-polnische Streit ist zweifellos
schwer zu lösen, ja man kann sogar sagen, dass
dieser Streit einen ganzen „Komplex“ von Schwie-
rigkeiten darstellt.

Litauen begann seine Existenz im Jahre 1917
unter der deutschen Okkupation. Einer von denen,
die der Schaffung des litauischen Staates beige-
wohnt hatten, schreibt darüber: „Es war ganz ge-
wöhnlich, den Begriff „Litauen“ zu umgrenzen.
wies schwer, den Begriff „Litauen“ zu umgrenzen.
In allgemeinen wohnen die Litauer nördlich der
in Düna über Wilna, Olita nach Suwalki
in den Osten reichen Litauer in ein stark poloni-
sches Weisrusland hinein; Wilna, Grodno und
einige andere Städte waren polnisch.“

Und wer hat sich so gekümmert? Keim anderer,
als der „Vater“ Litauens, Ludendorff, schreibt das
auf Seite 375 seiner lehrreichen „Erinnerungen“,

Nach der Meinung unseres Autors also der Li-
tauen kennt, erstreckt sich Litauen von der Linie
Düna—Wilna—Suwalki aus nach Norden. Wilna
aber sei eine polnische Stadt. Und die Litauer be-
streiten das, und die Polen bestätigen es.

Vor mir liegt die Karte von Litauen, herausge-
geben vom „Litauischen Informations-Büro“ (14. ver-
besserte Auflage), gedruckt von Kummerly und Frey
in Bern. Auf dieser Karte umfasst Litauen ein sehr
großes Gebiet, wonach nicht nur Wilna sondern
auch Grodno und Riga dazu gehören; sie weist 13
verschiedene Stämme von reinen und vermischten
Litauern auf. Trotzdem die ethnographisch reinen
und litauisch sprechenden Litauer dort eine ganze
winzige Minderheit ausmachen, erdreisten sie sich,
diese Gebiete für die Schaffung eines unverhältnis-
mäßig grossen „weissrussisch-litauischen“ Rei-
ches zu fordern. Aber lassen wir diese Phantasien
in Wirklichkeit wird Litauen von zwei Staaten ge-
bildet: von dem Kownoer Litauen und dem Wilnaer
Litauen.

Das Kownoer Litauen, dessen Regierung die
Nachfolgerin der Regierung von 1917 ist, umfasst
50 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerungszif-
fer von etwa zweieinhalb Millionen Einwohnern—
gemäß der russischen Statistik von 1897. Davon
sind etwa anderthalb Millionen Litauer. Das Wilnaer
oder „Mittel-Litauen“, dessen Regierung sich als un-
abhängig erklärt hat, umfasst nach der Besitzergrei-
fung durch Zeligowski etwa 30 000 Quadratkilometer
und hat etwa eine Million Einwohner, von denen
65 Prozent Polen sind.

Diese beiden Litauen, welche sich augenblicklich
tatsächlich gegenüberstehen, haben eine gemeinsame

Tradition und gemeinsame Interessen. Deshalb fordern
die Litauer—wir wollen richtiger sagen: die Kowno-
er Litauer—das Recht auf beide.

Welche Argumente geben sie an? Alle möglichen
nur nicht den Willen des Volkes: so weisen sie das Plebis-
zit zurück, und sind ebenso gegen die Volksbefragung,
welche der Völkerbund im Wilnaer Litauen durch-
führen wollte. Sowohl die russischen, als auch die
deutschen Statistiken weisen nach, dass eine derartige
Abstimmung nur zu Ungunsten Litauens ausfallen
könnte.

Die Litauer machen noch ihre „geschichtlichen
Rechte“ geltend. Wilna, sagen sie, ist unsere historische
Hauptstadt. In der Tat, Wilna war die Hauptstadt,
aber die Hauptstadt eines mit Polen vereinigten
Litauens. Um ein historisches Recht auf Wilna zu
haben, müsste die frühere Union erneuert werden.
Ferner machen sie noch Rassen-Rechte geltend. Die
Bevölkerung Mittellitauens behauptet, dass sie jetzt
polnisch, ehemals aber litauisch waren. Dasselbe
könnte man von den Weissrussen sagen: mö-
gen sie auch noch so viel Karten des „vorhistorischen“
Litauens drucken, schriftliche Argumente haben in
unseren Augen keine Bedeutung, ganz abgesehen
davon, dass die darin gemachten Angaben doch
kaum nachzuprüfen sind.

Bleibt schliesslich nur das Argument des litauisch-
bolschewistischen Vertrages. Am 12. Juli 1920 haben
die Litauer mit den Bolschewisten einen Vertrag ab-
geschlossen, worin die Bolschewisten den Litauern
Wilna abtraten. Aber auch die Polen haben unlängst
mit den Bolschewisten einen Vertrag abgeschlossen,
und nach dem Rigaer Vertrag ist die Grenze Polens
noch bedeutend östlich von Wilna gezogen worden.

Die Warschauer Regierung hat die Kownoer
Regierung darauf aufmerksam gemacht. Die Wilnaer
Regierung aber droht den Sein zusammenzurufen,
welcher den Anschluss Mittellitauens an Polen pro-
klamieren wird, von welchem, wie sie versichert, keine
Macht der Welt sie trennen wird.

Ist angesichts einer solchen Sachlage die Wilnaer
Frage unlösbar? Wir meinen: nein! Lösbar ist sie je-
doch nur unter der Bedingung, dass die örtlichen
Wünsche den Interessen Europas angepasst werden,
wenn man sich so ausdrücken darf. Und die euro-
päischen Interessen verlangen, dass die Litauer und
Polen sich einigen. Wir haben schon weiter oben
darauf hingewiesen, dass die Litauer nicht das ge-
ringste Recht auf Wilna haben. Wenn sie Wilna
erhalten, was werden sie dann Polen für dieses Ent-
gegenkommen, für dieses Opfer, für einen solchen
Wert in jeder Hinsicht bieten?

Als Antwort auf diese Frage würde es genügen,
wenn sie sich, bei dem Bemühen um die Wohlfahrt
ihres Landes, der ehemaligen Vereinigung mit Polen
erinnern und sich diesen ehrenvollen Abschnitt ihrer
Geschichte ins Gedächtnis zurückrufen würden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dieser
Artikel in der „Independence Belge“ aus polnischer Fe-
der stammt. Schon zu Beginn der Brüsseler Verhand-
lungen war darauf hingewiesen worden, dass dieses
Blatt der litauischen Sache garnicht gut ge-
sonnen war. Wir halten es für missig, auf die Aus-
führungen dieses Artikels noch einmal des näheren
einzugehen. Wir haben unseren Standpunkt endlos
oft und ausführlich dargelegt, und alle Versuche der
Polen, die öffentliche Meinung im gegenteiligen Sinne
zu beeinflussen, wird nichts in der Tatsache ändern,
dass nur wir einen berechtigten Anspruch auf Wilna
und das Wilnaer Gebiet haben.

Inzwischen beschäftigt sich auch der „Temps“
mit der Frage des litauisch-polnischen Konfliktes.
Das Blatt schreibt: „Die Kownoer Regierung hat
den Polen als Ersatz für Wilna, das den Litauern
zufallen soll, einen Handelsvertrag auf der Grundlage
der Meistbegünstigung und die freie Benutzung der

Memel angeboten. Litauen aber hat bereits einen
Handelsvertrag auf der Grundlage der Meistbegün-
stigung mit den Bolschewisten abgeschlossen, sodass
also Polen in dieser Hinsicht nichts voraus haben
würde. Und was die Benutzung der Memel betrifft,
so sind die Polen auf Grund des Versailler Verträ-
ges, der die Internationalisierung der Memel vorsieht,
zu ihrer freien Benutzung berechtigt. Die polnische
Regierung war also gezwungen, diese Vorschläge
zurückzuweisen. Die polnischen Vertreter in Brüssel,
werden ebenso wie früher ihren Standpunkt aufrecht-
erhalten: Wilna gehört den Polen; gegen unseren
Willen ist das Plebiszit nicht zustande gekommen; wir
werden nicht zulassen, dass das Schicksal Wilnas
ohne Befragung der daran interessierten Bevölkerung
entschieden wird. Ob es dabei zu einem Plebiszit
kommt oder eine andere Art der Volksbefragung
gewählt wird, ist für uns belanglos, wir sind jedoch
der Meinung, dass eine Volksbefragung die einzig
zulässige Lösung dieser Frage bedeutet. Es ist wenig
Hoffnung vorhanden, unter diesen Umständen eine
gemeinsame Grundlage für die Einigung dieser bei-
den Staaten zu finden. In den Kreisen, welche den
Arbeiten der Konferenz nahestehen, ist man der
Meinung, dass, wenn es der Völkerbundsrat über-
nommen hat, diese Missverständnisse auszugleichen,
so müssten die Vertreter des Völkerbundes vorschla-
gen und, wenn nötig, fordern, eine vernünftige und
friedliche Lösung der Frage herbeizuführen, die von
beiden Staaten das gleiche Entgegenkommen und die
gleichen Opfer fordern würde, wodurch aber der
Frieden in Osteuropa gefestigt werden und die Bal-
kanisierung derjenigen Staaten vermieden würde,
deren politische Lage noch nicht genügend konsoli-
diert ist. Wenn aber die Frage eine europäische Fra-
ge ist, dann hat der Völkerbund das Recht, Litauen
und Polen seine Ansicht aufzuzwingen.“

Welches wird nun die Lösung dieser Frage sein
Uns scheint, dass die einzige Möglichkeit für ihre
Lösung nicht darin besteht, die unstrittigen Gebiete
in mehr oder weniger gerachter Weise zu teilen,
denn davon wird keiner befriedigt sein und in wirt-
schaftlicher Hinsicht wird sie nur schädlich wirken
können sondern darin, die beiden Länder durch ein
Bündnis miteinander zu vereinigen. Wilna wird zu
Litauen gehören können mit der Bedingung, dass
die Rechte der Volksminderheiten im litauischen Staa-
te durch die Bildung von zwei politischen Kantonen
gesichert werden. Polen wird für dieses Opfer den
freien Zugang zum Meere erhalten, und beide Staaten
werden auf diese Weise wirtschaftlich den grössten
Vorteil haben. Es ist selbstverständlich, dass bei ei-
nem solchen Bündnis beide Staaten die volle Gleich-
berechtigung in rechtlicher Hinsicht haben würden.
Aber immerhin wäre ein Vorvertrag hinsichtlich der
Aussenpolitik und des Schutzes der beiden Staaten
notwendig. Das ist der Standpunkt der Franzosen
(wörtlich: der hiesigen).

Oberschlesien.

PARIS, 25. 5. (Eita).

Kammer: In der gestrigen Kammerberatung wur-
de die Beratung über die auswärtige Politik der Re-
gierung fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte
er begreife die Erregung, die sich angesichts der
Ereignisse in Oberschlesien im Lande zeigte. Während
der Beratung über den Friedensvertrag habe die in-
ternationalisierte Kommission die ober-schlesische Fra-
ge genau geprüft. Die Arbeit habe mehrere Monate ge-
dauert und die Mitglieder der Kommission seien ein-
stimmig zum Entschlusse gekommen, Oberschlesien
Polen zuzusprechen. Auch die Alliierten hätten sich
diesem Beschlusse angeschlossen und diese Vertrags-
klausel sei Deutschland übermittel worden, das dann
in Gegenvorschlägen Ansprüche auf diese Gebiete
erhoben habe. Der Oberste Rat habe den Interessen

Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Die Polen hätten starken Grund gehabt zu glauben, dass Oberschlesien ihnen zufallen werde.

Bei der Abstimmung aber hätten 180.000 in Oberschlesien nicht gebürtige Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe immer gewollt, dass der Friedensvertrag loyal durchgeführt werde. Niemals habe es die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müssten. In dieser Beziehung sei er mit dem englischen Premierminister völlig einig, Oberschlesien sei niemals ein rein deutsches Land gewesen: Oberschlesien sei vor 600 Jahren mit Gewalt zu Deutschland gekommen.

In einem Kriege, wie dem letzten, habe Frankreich das Recht, gewisse Befürchtungen zu hegen. Wenn man einem Volke, wie Polen, das Leben gebe, sei es natürlich, dass man daran denke, ihm eine Existenzmöglichkeit zu geben. Der Zugang zum Meere durch Preussen genüge nicht, denn Polen habe die Stimmenmehrheit nicht nur in den Bergwerkbezirken, sondern auch nach Kommunen erhalten.

Wenn nach so vielen gemeinsam durchgekämpften Schwierigkeiten die alliierten Völker eine Niederlage erleiden müssten infolge einer Schwierigkeit, wie die gegenwärtige, dann hätte Frankreich nicht den Wunsch, die Entente aufrechtzuerhalten. Das sei nicht der Gedanke Frankreichs. (Beifall).

Die Alliierten müssten sich, wie über alle anderen Fragen, aussprechen. Die Gerechtigkeit müsse siegen und an dem Tage, an dem die Gerechtigkeit triumphiere, werde Oberschlesien von der Anarchie befreit sein. Von London aus habe er angeordnet, dass sofort dem französischen Vertreter telegraphiert werde, dass er alles unternehme, was in seiner Macht stehe, um die Ordnung wieder herzustellen und um die Menschenleben und die Vermögenswerte zu schützen. Der polnischen Regierung habe man mitgeteilt, dass ihre Landsleute sich ins Unrecht gesetzt hätten. Die polnische Regierung habe die erforderlichen Massnahmen ergriffen. Er habe zu erkennen gegeben, dass wenn man Truppen entsende, wozu, wie er wisse, gewisse Geneigtheit bestanden habe, ernstliche Ereignisse hervorgerufen werden könnten. Die deutsche Regierung habe das begriffen und er habe die Befriedigung gehabt, in den letzten Tagen in den erregtesten Zeitungen gewisse Zurückhaltung zu bemerken. Er selbst habe den deutschen Botschafter gebeten, ihm einen Besuch abzustatten. Er habe ganz besonders auf den Ernst der Lage hingewiesen. Wenn die deutschen Detachements nicht entwarfet würden, wenn die Urheber der Anwerbungen nicht nach den deutschen Strafgesetzen verfolgt würden und wenn die deutsche Grenze nicht gesperrt würde, dann könne die Lage gefährlich werden. Gestern vormittags zu früher Stunde habe die deutsche Regierung mitgeteilt, dass die Massnahmen angeordnet seien und dass die Zeitungen, die hetzen, verfolgt würden. Es sei mitgeteilt worden, dass der preussische Minister

des Inneren Sicherheitspolizei entsandt habe, um die gegebenen Instruktionen ausführen zu lassen. Dr. Wirth habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen. Er, Briand, müsse es zurückweisen, wenn man sage, Frankreich habe die Regierung in eine erniedrigende Lage gebracht. Briand sagte, er habe seine Politik erläutert. Er übernahm seine Verantwortlichkeit, die Kammer möge die ihrige übernehmen. Sie soll wahlen-zwischen seiner oder einer anderen. Eine andere Politik woll er ohne zwingende Notwendigkeit nicht mitmachen. (Beifall links und in der Mitte).

„Soweit die heutige englische Morgenpresse überhaupt zu Briands gestriger Rede Stellung nimmt“, schreibt der Berichterstatler der B. Z. am Mittag, „tut sie dies nur in Überschriften. Darin wird festgestellt, dass Briand einen neuen Ton angeschlagen habe, dass seine Rede vollkommen überraschend gekommen sei usw. Redaktionelle Äusserungen liegen noch nicht vor.“

„Petit Parisien“ berichtet: Gleichzeitig mit dem Schritt bei der Berliner Regierung hat die französische Regierung durch ihren Botschafter in Warschau, Herrn de-Panafion, einen dringende Schritt bei der polnischen Regierung unternommen. Die französische Regierung fordert die polnische auf, ähnliche Bemühungen zu unternehmen, wie sie von Deutschland verlangt werden. In den letzten beiden Monaten wurden zwei polnische Einbrüche in Oberschlesien gemeldet; das beweist, dass die polnische Grenze offen ist. Polen wird aufgefordert, Massregeln zu ergreifen, damit sich ähnliche Zwischenfälle nicht mehr ereignen. Man forderte ferner die Polen auf, ohne Verzug die Banden aufzulösen, die die Revolution veranlasst haben, und für die die polnische Regierung eine schwere Verantwortung treffe.

Die „Vossische Zeitung“ vom Mittwoch abend veröffentlicht einen Stimmungsbericht ihres Warschauer Korrespondenten, den wir folgendes entnehmen:

„Das Säbelgerassel der hiesigen Presse wird immer stärker. Natürlich habe man Abscheu vor jedem Kriege, aber die bösen Deutschen könnten alle Augenblicke Polen dazu zu zwingen.“ Nach der rechten „Rzeszopolita“ ist Oberschlesien bereits jetzt Kriegsschauplatz und kann sehr leicht auch Polen in kriegerische Verwicklungen bringe. Nach dem linksgerichteten „Przeglad Wieczorny“ aber ist ein deutscher Einfall in Polen sehr möglich und sehr wahrscheinlich. Polen müsse daher unverzüglich „seine Truppen an der westlichen Grenze zusammenziehen, um sich davor zu schützen“ denn „die Gefahr eines neuen europäischen Krieges wird immer drohender“. Der Ruf Das Vaterland ist in Gefahr erscholl heute nachmittag auch auf der Versammlung der Parteitage, die unter Premierminister Witos. Beisein beraten. Mit Ausnahme der Sozialisten und zweier kleiner Fraktionen waren alle Parteien (auch die Nationalisten) darin einig, Witos mit der Bildung

des neuen Koalitionskabinetts zu betrauen, wobei wiederholt und von allen Seiten nachdrücklich betont wurde, dass die gefährliche ausserpolitische Situation eine aus allen grossen Parteien zusammengesetzte Regierung erheische.

Im übrigen steht die Menge vor ellenlange Maueranschlägen, die seit Gestern wieder an alle Ecken unbehelligt prangen und Freiwillige für Oberschlesien werben. Korfanty wird als Unsterbliche gefeiert, dessen Gedächtnis in Oberschlesien ebenso wie Washingtons Gedächtnis in Nordamerika fort leben wird.

Der Abmarsch der für Oberschlesien bestimmten vier englischen Bataillone wird am 27. Mai beginnt. Die Truppen befinden sich am Rhein und werden von dem genannten Tage bis zum 1. Juni täglich in zwei Zügen nach Oppeln transportiert werden. Von Oppeln aus wird dann ihre Weiterleitung erfolgen.

Die Tatsache, dass Deutschland die Wünsche der britischen Regierung über die notwendigen Schritte in der oberschlesischen Frage so prompt erfüllt hat in hiesigen Regierungskreisen einen sehr guten Eindruck gemacht, besonders das deutsche Nachgeben der Lieferung von Lebensmitteln nach Oberschlesien hat angenehm berührt.

BERLIN, 25. 5.

Die polizeilichen Massnahmen zur Sperrung der oberschlesischen Grenze sind durchgeführt worden. Die Grenze ist gesperrt. Der preussische Minister des Inneren hat 900 Mannschaften der Sicherheitspolizei an die Grenze entsandt, die das Eintreffen von bewaffneten Deutschen hindern und die aus Oberschlesien zurückkehrenden bewaffneten Deutschen entwaffnen sollen.

LONDON, 25. 5.

Im Unterhause erklärte Lord Chamberlain u. a. Vier englische Infanterie-Bataillone würden vom Rhein nach Schlesien gehen. Es sei in Erwägung gezogen, diese Streitkräfte, falls nötig, zu vermehren. Deutschland werde für die Unterhaltung dieser Bataillone keine Zahlung zu leisten haben. In Warschau sei von den Gesandten der drei alliierten Mächte dringende Vorstellung erhoben worden.

Der deutsch-chinesische Friede.

BERLIN, 25. 5.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist am 20. Mai in Peking ein Abkommen zwischen Bevollmächtigten der deutschen und der chinesischen Regierung unterzeichnet worden, wodurch der Kriegszustand zwischen Deutschland und China beendet ist. Die diplomatischen Beziehungen werden aufgenommen und der deutsche Handel erhält wieder freien Boden.

UNSERE POST-ABONNENTEN
bitten wir um freundliche zeitige Erneuerung des Abonnements auf die
„Litauische Rundschau“
um Unterbrechungen in der Zustellung zu vermeiden. :- :-

Die erste und beste Bezugsquelle für
Dr. W. GEFFEN
innere u. venerische Krankheiten. Laisves Aleja Nr. 84
Telef. 277.
Sprechstunden 1—2 u. 5—7

ZAHNAERZTIN
Helene Rittenberg
Praktikantin der Berliner Zahnärzte-Akademie.
Sprechst. von 10—2 und
4—7. Daukantostr. 7 (Bazarstr.) 232

MaxSteinberg Berlin O. 27.
Raupachstr. 6.

FÜR HEERESZWECKE
werden benötigt:
MATRATZEN = STROHSAECKE = BETT-BEZÜGE = KOCHGESCHIRRE = ZELTE
ZELTBÄHNEN, grosse und kleine u. ZELTBÄHNSTOFF = TUCH oder FLANELL, gelb, rosa und himbeerfarben = SATIN, schwarz.
Angebote sind zu richten an die Handelsabteilung der Armee-Intendantur. Apsaugos Aluisterjos = Skyrius Prekia Datis, Kowno. :- :-

„BALTIKA“.
HANDELSZEITSCHRIFT des OSTENS.
Erscheint monatlich zwei mal in litauischer, deutscher, polnischer und lettischer Sprache.
Erstklassiges Vermittlungsorgan zwischen den Fabrikanten und Kaufleuten Litauens Deutschlands, Polens, Letlands, Amerikas und der gesamten Geschäftswelt.
Bezugspreis in Litauen jährlich M. 50 — Einzelnummer M. 3. —
Generalvertreter für Litauen: M. Ausra, Kowno, Laisves Aleja 13.
27 Verlag „Daga“ Memel, Mühlenstr. 1,

Engros-Lager von Apothekerverwaren, photographischen Artikeln und Parfümerien
Provisor A BURSTEIN
Kowno, Gedimino g-ve 23. Telef. 77.
Neu eingetroffen: Kosmetische Waren und Parfums beste französische Erzeugnisse der „Lorigan Coty“-Werke. Auch nach Gewicht. Sämtliche photographischen Artikel engros und en detail.

Handels-Beziehungen mit Litauen
knüpft man am besten an durch Anzeigen in der einzigen deutschen Tageszeitung Litauens
„Litauische Rundschau“
Kowno, Keistucio g-ve 4. Postfach Nr. 25
Bedeutendstes Handelsblatt Litauens
Bezugspreis per Post ins Ausland Mk. 25 — monatlich, Mk. 75 — vierteljährlich, Anzeigen und Reklame die 6-gespaltene Kleinzeile Mk. 3.— bei Wiederholung Rabatt nach Vereinbarung.
Zahlstelle f. d. Ausland: Königsberg i. Pr., Post-scheckkonto 13680.
Annoncen und Abonnements ausser durch die Redaktion noch durch **Rich. Alb. Göpfert, Königsberg i. Pr. Krönchenstr. Nr. 12, Allgem. Anzeigen-Gesellschaft m. b. H., „Lübbag“ Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 46, Danzig-Anzeigen-Bl. Danzig** und durch alle grossen Zeitungsagenturen Deutschlands. **Letland: Annoncenbüro Petholz, Rigä, Scheunenstr. 16.**

Zeitungs-Ausschnitte
liefern über jedes Gebiet für Gelehrte-Künstler, Schriftsteller, Fachzeitschriften, Finanziers, Grossindustrielle, Behörden etc. etc.
Klose & Seidel, Bureau für Zeitungs-Ausschnitte.
BERLIN NO. Georgenkirchplatz 31.
Mässige Preise! Sachgemässe Bedienung